

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

06
2021

DEZEMBER 2021
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873



KOALITIONSVERTRAG
**Was bedeutet
die Ampel für den
Mittelstand?**

ABSCHIED NACH ACHT JAHREN

**Danke,
Carsten
Linnemann!**



Unsere Netze mit
100% Grünstrom*

Jetzt
individuell
beraten
lassen

IoT und Ihr Business: das neue Green-Team

Zusammen GigaGreen:

Optimieren Sie Ihre Prozesse mit IoT-Lösungen, z. B. smartem Flotten-Management in unseren grünen Netzen*, um Ressourcen nachhaltig einzusetzen und Kosten zu sparen. Das ist: Business-Erfolg neu gedacht.

vodafone.de/greenbusiness



Together we can
vodafone
business

*100% Grünstrom: Für Drittstandorte ohne Nutzung erneuerbarer Energien erfolgt ein Ausgleich über Grünstromzertifikate.
Vodafone GmbH • Ferdinand-Braun-Platz 1 • 40549 Düsseldorf • vodafone.de/business

Es war mir eine Ehre

Liebe Herrinnen und Herren,



ob Sie es mir glauben oder nicht: Der anstehende Abschied als Vorsitzender der MIT geht mir nahe. Auch wenn ich rationale Gründe für meine Entscheidung habe. Auch wenn ich mich auf meine zukünftigen Herausforderungen freue. Auch wenn wir uns seit Jahren für eine Begrenzung von Amtszeiten bei politischen Spitzenämtern einsetzen und ich dies jetzt auch (vor)leben will. Am Ende trifft es mich doch mehr als erwartet.

Dabei bin ich der MIT sehr dankbar. Ich bin stolz, dass ich ihr acht Jahre vorsitzen durfte. Wir sind zu einer engen Gemeinschaft zusammengewachsen. Eine Gemeinschaft, die sich wie keine andere Institution in Deutschland so prominent, so klar und so überzeugend für die Soziale Marktwirtschaft einsetzt. Wir nehmen keine Rücksicht auf Einzelinteressen, sondern fühlen uns ausschließlich dem Konzept Ludwig Erhards verpflichtet. Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Kitt, unser Wertefundament.

Konkret konnten wir in den letzten Jahren viele Dinge umsetzen, etwa die Einführung der Flexirente, die Abschaffung der kalten Progression, die Wiedereinführung des Meisterbriefes im Handwerk, den sektorübergreifenden Emissionshandel als Klima-Leitinstrument und vieles mehr.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Als ich 2013 zum Vorsitzenden der MIT gewählt wurde, wollte ich mehr. Ich wollte die Welt verändern. Ich wollte die Steuerform auf dem Bierdeckel einführen, über eine Föderalismusreform das Bildungssystem erneuern und eine große Rentenreform auf den Weg bringen. Doch so weit ist es nicht gekommen.

Im Gegenteil: Deutschland ist seit Jahren im Krisenmodus festgefahren. Erst die Eurokrise, dann die Flüchtlingskrise und jetzt Corona. Und zu allem Überfluss macht sich in der Pandemie auch noch eine neue Staatsgläubigkeit breit. Das alles trifft in Zeiten der Digitalisierung auf eine Realität, in der Faxgeräte nicht in Kleinbetrieben oder in Museen herumstehen, sondern in deutschen Gesundheitsämtern vor sich hin rattern.

Mich lässt mittlerweile das Gefühl nicht los, dass wir zu einer Selbstverwirklichungsgesellschaft mutiert sind. Wir bestellen

pausenlos und unbedacht Dinge bei Internet-Konzernen, die beim zweiten Blick wieder zurückgeschickt werden. Mit der gleichen Mentalität fordern wir beim Staat immer wieder neue Leistungen und Rechte ein. Und Pflichten? Fehlanzeige. Es geht vielfach nur noch um das eigene Ich. Die Verantwortung für das eigene Handeln aber wird immer weniger übernommen.

Mein Appell: Stellen wir uns in den Gegenwind und kämpfen für unsere marktwirtschaftlichen Überzeugungen. Ein einfaches Unterfangen wird es nicht. Schon Ludwig Erhard hat kurz vor seinem Tod erkannt, dass mit steigendem Wohlstand den Menschen die Eigenverantwortung immer mehr abhanden kommt.

Es geht um viel. Denn wenn wir diesen Kampf nicht gewinnen, werden wir in Deutschland nichts mehr entfesseln, nichts mehr erneuern, nirgendwohin mehr aufbrechen. Dann übernimmt China das Zepter, während wir in Deutschland noch darüber streiten, ob das Binnen-I oder Gendersternchen genderneutraler ist.

Abschließend möchte ich mich bei allen Fürsprechern, Kritikern und Mutmachern für Ihre überwältigende Unterstützung bedanken, die Sie mir in all den Jahren zukommen ließen. Auf dem CDU-Bundesparteitag werde ich mich als stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands zur Wahl stellen. Friedrich Merz hat mir im Falle seiner Wahl angeboten, die Programmatik der Partei maßgeblich mitzuverantworten. Das ist genau mein Ding, darauf freue ich mich.

Es war mir eine Ehre, mich für Sie, die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft und unser Programm einzusetzen. Wir werden uns nicht aus den Augen verlieren. Versprochen.

Alles Gute für die MIT und für Sie persönlich!

Ihr

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

picture alliance/dpa | Swen Pförtner

Druckauflage:

26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



16

MIT:EDITORIAL

Es war mir eine Ehre 3
von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE

Der Chefvolkswirt der Union 8
Von Michael Bröcker
Nach acht Jahren kandidiert Carsten Linnemann nicht mehr als Bundesvorsitzender. Für die MIT ein Verlust, für die CDU eine Chance. Ein Porträt.

MIT:TITEL

Bilanz 2019-2021
Corona verändert die Welt – und auch die MIT-Arbeit 12
Die vergangenen zwei Corona-Jahre waren für die MIT vor allem von digitalen Formaten geprägt.

Koalitionsvertrag
Was bedeutet die Ampel für den Mittelstand? 16
Die Vorhaben der Koalition werden tiefe Löcher in die Staatskasse reißen. Für Bürger und den Mittelstand wird es langfristig teuer.

8





MIT:INTERVIEW

Hendrik Wüst im Interview

„Quoten können nicht das Mittel der ersten Wahl sein“

22

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst spricht im Interview über seinen neuen Arbeitsalltag, Quoten in der Politik und das Alleinstellungsmerkmal der CDU.

MIT:ERKLÄRT

Instrumente der Kontrolle

Wie geht eigentlich Opposition?

28

Nach 16 Jahren scheidet die Union aus der Regierung aus. Wie sieht jetzt die Arbeit aus?

MIT:FAKTEN

6-9

Trotz Lockdowns werden fleißig Unternehmen gegründet, die Insolvenzwelle bleibt weiter aus und die Energiepreise steigen immer weiter.

MIT:INSIDE

Bundesmittelstandstag 2021

8

EU-Check

30

MIT verleiht Deutschen

Mittelstandspreis 2021

32

Neumitglieder

34

Mitgliederstatistik

35

MIT:THEMA

Mitgliederbefragung

Wer wird neuer CDU-Vorsitzender?

20

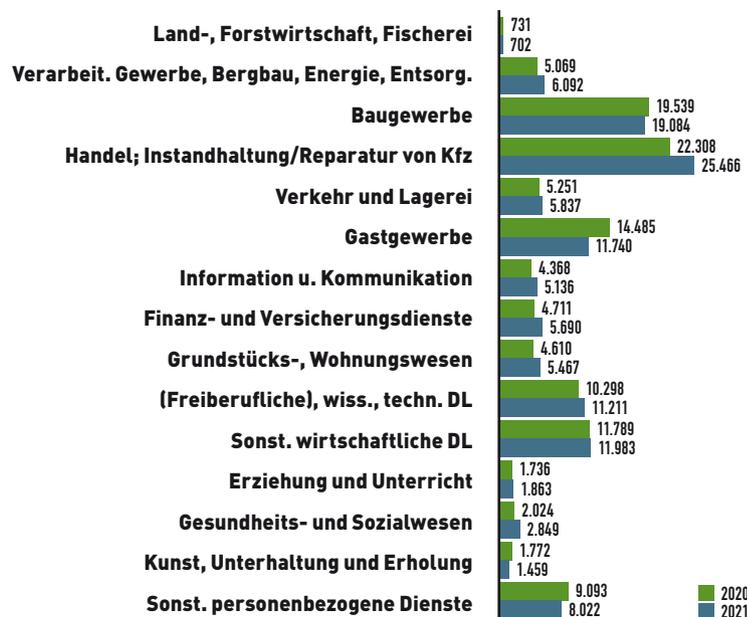
Friedrich Merz, Helge Braun und Norbert Röttgen bewerben sich um den Parteivorsitz.



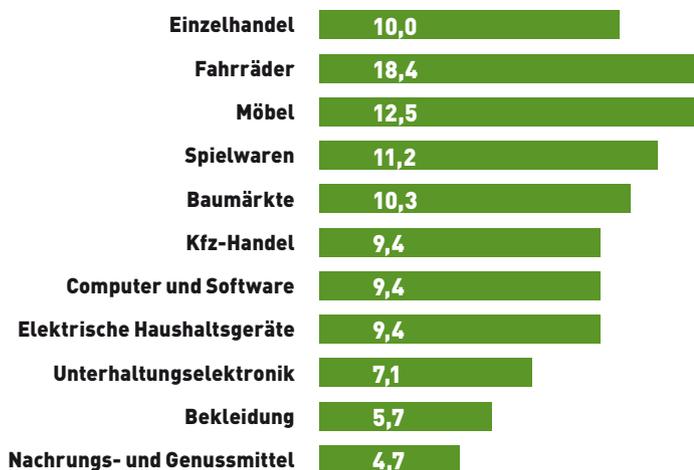


Mehr Existenzgründungen trotz Lockdowns

Die Zahl der Unternehmensgründungen hat zwar noch nicht das Niveau vor der Pandemie erreicht. Allerdings wurde das Gründungsgeschehen im zweiten und dritten Lockdown deutlich weniger ausgebremst als während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020. Zu diesem Schluss kommt das Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM). Insgesamt wurden 123.000 Gründungen im ersten Halbjahr 2021 gemeldet. Die meisten Existenzgründungen fanden im Handel und Baugewerbe statt, viele aber auch im Gastgewerbe. Besonders stark stieg die Zahl der Nebenerwerbsgründungen, nämlich um 176.000 beziehungsweise 25 Prozent. Die Wissenschaftler des IfM gehen davon aus, dass sich das Gründungsgeschehen im zweiten Halbjahr 2021 weiter positiv entwickeln wird.



Lieferprobleme im Einzelhandel bis Sommer 2022

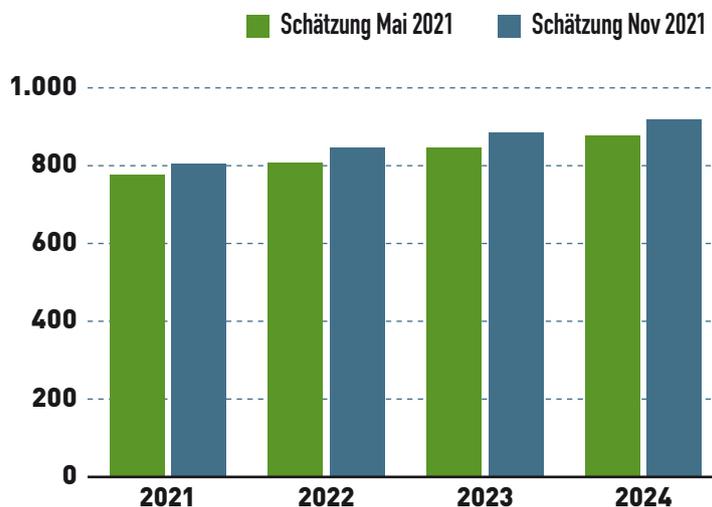


Die Lieferengpässe im Einzelhandel werden sich im Durchschnitt noch bis in den Sommer 2022 ziehen. Das ergibt eine Umfrage des Ifo Instituts. Besonders pessimistisch sind die Fahrrad- und Möbelhändler. Dort wird erwartet, dass die Lieferprobleme noch über ein Jahr andauern werden. Die Fahrradhändler rechnen sogar mit 18 Monaten. Die Lieferprobleme werden laut Ifo insbesondere im Weihnachtsgeschäft zu höheren Preisen führen. Ein Großteil der Unternehmen kündigte bereits Preiserhöhungen an. Immerhin: Die Zahl der Firmen mit Lieferproblemen sank leicht von 74 Prozent auf 60 Prozent.

Steuerschätzung nach oben korrigiert

Die künftige Bundesregierung kann mit mehr Steuereinnahmen rechnen als erwartet. Das zeigt die jüngste Steuerschätzung des Bundes. Im Zeitraum von 2021 bis 2024 werden sich die Mehreinnahmen gegenüber der letzten Schätzung (Mai) auf rund 143 Milliarden Euro belaufen. Die Lage wird insbesondere wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs nach Ende des Pandemie-Tiefs besser bewertet. Gestörte Lieferketten und hohe Infektionsraten dürften die Erholung zwar verzögern. Laut Herbstprognose wird die Wirtschaft im nächsten Jahr aber deutlich an Fahrt gewinnen. Auch die Wirtschaftsweisen gehen davon aus, dass sich privater Konsum und Industrieproduktion normalisieren. Angesichts der neuen Schätzung forderten CDU und CSU die künftige Ampel-Koalition dazu auf, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einzuhalten.

Geschätzte Höhe der Steuereinnahmen in Deutschland (in Mrd. Euro)



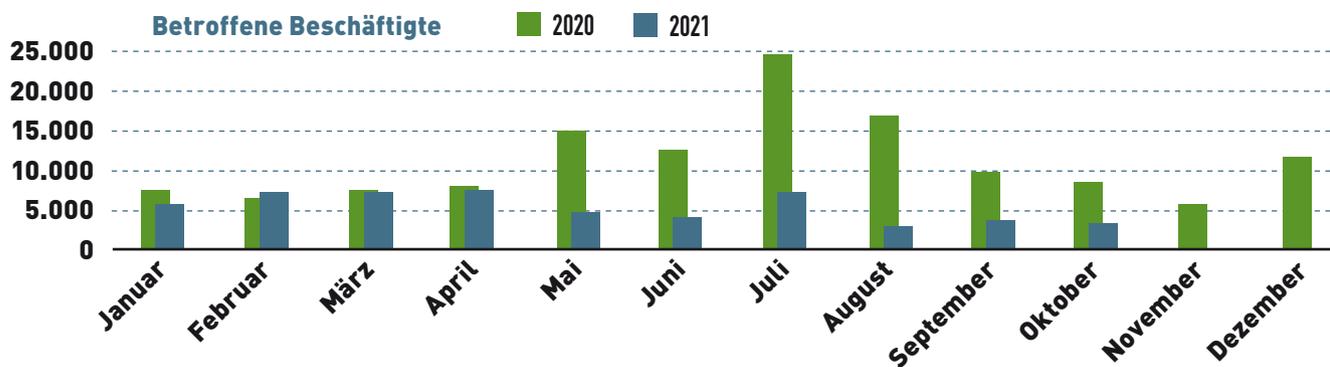
Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzung

statista

Keine Insolvenzwelle in Sicht

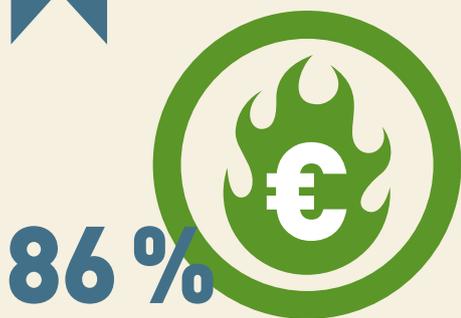
Nach historischen Tiefstständen ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Oktober nur leicht gestiegen. Laut Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) meldeten im Oktober 625 Personen- und Kapitalgesellschaften Insolvenz an. Damit stiegen die Insolvenzen gegenüber dem Allzeittief der Vormonate zwar um zehn Prozent an, sie liegen aber noch immer um 14 Prozent unter

den sehr niedrigen Werten aus dem Vorjahresmonat. Die Analyse des IWH zeigt zudem, dass in den größten zehn Prozent der Unternehmen, deren Insolvenz gemeldet wurde, nur etwa 3400 Jobs betroffen waren. Die Zahl liegt damit auf dem zweitniedrigsten bisher gemessenen Wert. Bei Kleinstinsolvenzen und Selbstständigen sei die Lage jedoch schwieriger einzuschätzen, betont das IWH.



Anmerkung: Beschäftigte in den größten 10% der insolventen Unternehmen. Insolvenzen in Deutschland von Unternehmen mit Handelsregistertrag. Quellen: Bekanntmachung der Insolvenzgerichte; Darstellung des IWH.

„Angezählt“

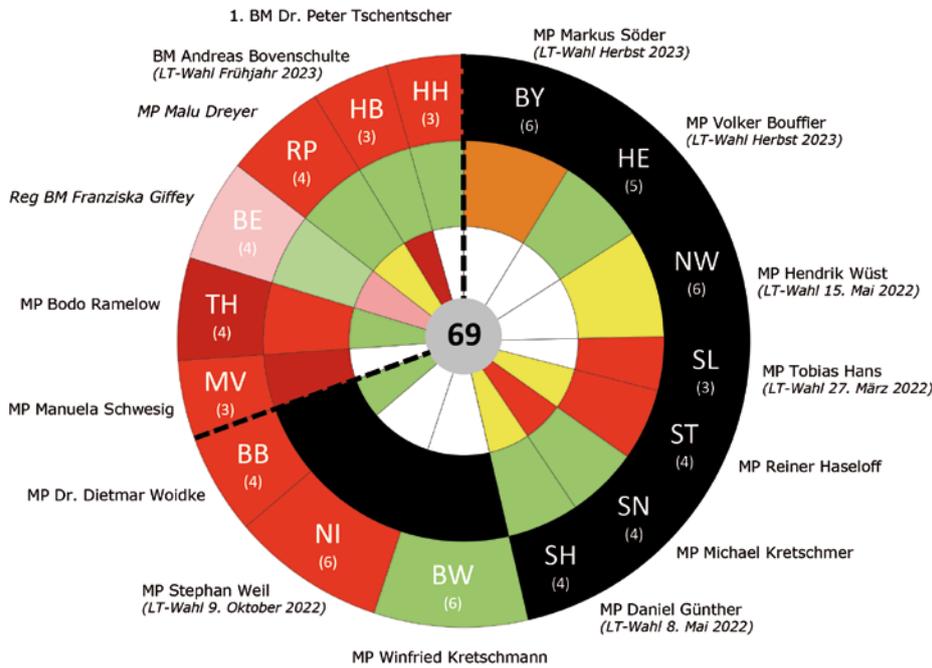


Im Mittelstand wächst die Sorge, dass die hohe Inflation auch 2022 anhalten könnte. In einer Umfrage der Verbände „Die Familienunternehmer“ und „Die Jungen Unternehmer“ gaben 86 Prozent der Firmenchefs an, dass die Inflation längerfristig über zwei Prozent liegen könnte. Die Familienunternehmen befürchten darüber hinaus hohe Tarifabschlüsse. „Tritt nicht bald eine Trendwende bei der Preisentwicklung ein, werden die Arbeitnehmer verständlicherweise höhere Löhne fordern. Dann käme die Inflation erst richtig in Fahrt“, sagte der Präsident der Familienunternehmer, Reinhold von Eben-Worlée, dem Magazin WirtschaftsWoche. Laut Umfrage halten 84 Prozent der rund 800 befragten Unternehmen die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale 2022 für „groß“ oder „sehr groß“. 2022 laufen die Tarifverträge für knapp zehn Millionen Beschäftigte aus und werden neu verhandelt.

Union kann Ampel ausbremsen

Stimmverteilung Bundesrat (Stand: 15. November 2021)

Absolute Mehrheit 35 Stimmen



Im Bundestag sind CDU und CSU ab sofort in der Opposition. In zehn Bundesländern regiert die Union aber weiter mit. Das dürfte die Arbeit einer künftigen Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP erschweren. Denn im Bundesrat, dem Parlament der Länderregierungen, könnte die Union wichtige Vorhaben blockieren. Zusammen kommen die Länder, in denen die Union mitregiert (siehe auch Politik-Lexikon), auf 48 von 69 Stimmen. Die Länder, die von einer „Ampel-Partei“, also SPD, Grünen oder – theoretisch – FDP angeführt werden, erreichen mit 33 Stimmen nicht die erforderliche absolute Mehrheit (35 Stimmen). Für Gesetze, die die Verfassung ändern, beispielsweise das Wählen mit 16 Jahren, wären sogar Zweidrittelmehrheiten nötig.

Zwar ist der Bundesrat primär ein Parlament, das die Länderinteressen vertritt und keine „Blockadeeinrichtung“. Dennoch hatten zuletzt auch die Grünen im Bundesrat ihre Macht ausgespielt. Sie waren zeitweise an elf Landesregierungen beteiligt und blockierten unter anderem das Bundespolizeigesetz von Union und SPD. Außerdem verhinderten sie, dass in der Asylpolitik einige Staaten als sichere Herkunftsländer eingestuft werden konnten.



A- und B-Länder

Als A-Länder und B-Länder werden in Deutschland gelegentlich die Bundesländer mit einer SPD-Regierungsmehrheit (A-Länder) und jene mit Unions-Mehrheit (B-Länder) bezeichnet. Im Falle einer großen Koalition aus Union und SPD entscheidet die Parteizugehörigkeit des Ministerpräsidenten über die Zuordnung. Relevant ist die Unterscheidung vor allem für Entscheidungen im Bundesrat oder in Ministerpräsidenten- und Ministerkonferenzen. Vor den Sitzungen kommt es häufig zu informellen Treffen und Absprachen innerhalb der Gruppen, wodurch eine einheitliche Position und ggf. ein einheitliches Verhalten der jeweiligen politischen Lager erreicht wird.

Energiepreise steigen kräftig an

Die Verbraucherpreise für Haushaltsenergie, Heizöl und Kraftstoffe haben sich seit Beginn des Jahres deutlich verteuert. Das ergeben Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Die Preise für Heizöle und Kraftstoffe stiegen stark um 26 Prozent an. Haushaltsenergie wurde seit Jahresbeginn um 6,5 Prozent teurer. Das Bundeswirtschaftsministerium verweist allerdings auf Sondereffekte: Demnach sind die steigenden Rohstoffpreise vor allem auf ein Aufholen zum Vorkrisenniveau zurückzuführen. Auch das Klimapaket des Bundes, das Benzin und Heizen deutlich verteuerte, sowie die ausgelaufene Senkung der Umsatzsteuer spielen eine Rolle.



Der Chefvolkswirt der Union

Von Michael Bröcker

Paderborn. Wer Carsten Linnemann kennenlernen will, muss ihn beim Libori besuchen. Das fünftägige Volksfest ist der Höhepunkt im Jahreskalender von Paderborn, der Heimat Linnemanns. Im Bundestagswahlkreis 137, Paderborn, wird der 44-jährige CDU-Mann seit 2009 direkt gewählt, dreimal hintereinander mit dem jeweils landesweit besten Ergebnis aller Direktkandidaten (zwischen 48 und 55 Prozent).

Linnemann ist hier der politische Volkstribun. Und beim Libori trifft der Abgeordnete im Biergarten Aufenberg jedes Jahr (zumindest bis zur Pandemie) die alten Kumpels aus den Studententagen wieder. Dann ist die Politik weit weg und Linnemann nur der Carsten. Wer sich bei den früheren Weggefährten umhört und nach hervorstechenden Eigenschaften des Abgeordneten fragt, hört Begriffe wie „bodenständig“, „verlässlich“, „bescheiden“. Der Prototyp des Ostwestfalen, möchte man meinen. Dazu passt, dass der Bundestagsabgeordnete seine Rednerhonorare gerne für seinen Verein Lebenslauf spenden lässt, der sozial benachteiligte Jugendliche fördert. In Zeiten von Maskendeals bei manchen Unionsabgeordneten ist das durchaus bemerkenswert.

Er ist das ordnungspolitische Gewissen der Union: Acht Jahre führte Carsten Linnemann die Mittelstandsunion. Nun will der 44-Jährige sich breiter aufstellen. Für die MIT ein Verlust, für die CDU eine Chance.

Linnemann pflegt das Image des Anti-Politikers zum Anfassen, aber natürlich gehört er längst selbst zum Establishment. Seit acht Jahren ist er Chef der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, dem parteipolitisch größten Wirtschaftsverband im Land. Linnemann ist Mitglied im Bundesvorstand der CDU und Vizechef der Bundestagsfraktion von CDU/CSU.

Ein Grund seiner Popularität an der Basis dürfte sein, dass Linnemann im Gegensatz zu manch anderem in der NRW-CDU das eigene Fortkommen nicht als übergeordnetes Ziel der politischen Arbeit sieht. Im Gegenteil: Mehrfach steckte er zugunsten anderer zu-

rück. 2014 und 2017 unterstützte er Jens Spahn für einen Posten im CDU-Präsidium und später im Kabinett. In dem Wettstreit um den CDU-Vorsitz stellte sich Linnemann in den Dienst von Friedrich Merz. Auch jetzt tut er das. „Ich bin nicht so wie die“, sagte er unlängst einem Parteifreund. Linnemann meinte den unerbittlichen Ehrgeiz, es ganz nach oben schaffen zu müssen.

„Ich komme von der Sache her“, versprach Linnemann 2013 zum Amtsantritt als neuer Chef der MIT. Fair im Ton, konsequent im Verfolgen seiner Anliegen, das war sein Motto. So blieb die MIT im Kanzleramt und im Sozialflügel ein anerkannter Gesprächspartner.

Zwar kritisierte auch Linnemann öffentlich Maßnahmen der Großen Koalition, etwa die Griechenland-Hilfen, die Rente mit 63 oder die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes.

Doch der „letzte Ordoliberaler im Bundestag“ (so der frühere Wirtschaftsweisen Lars Feld) eckte stets nur inhaltlich an; er wurde nie persönlich.

„Mit Carsten Linnemann kann ich mich inhaltlich fetzen wie in einer Boxbude auf der Kirmes“, sagt Dennis Radtke, CDU-Europaabgeordneter und Vizechef des CDU-Sozialflügels CDA. „Das Schöne aber ist: Du weißt vorher, dass die Zähne anschließend

noch drin sind, denn es geht bei ihm nie auf die persönliche Ebene, sondern immer um die Sache.“

In einer Jamaika-Koalition wäre Linnemann vielleicht Arbeitsminister geworden. Armin Laschet hatte mit der Idee geliebäugelt, sollten die Grünen das Wirtschaftsministerium beanspruchen. Laschet hätte Linnemann Merz vorgezogen. Angeblich hätte die einflussreiche IG Metall sogar ihr Okay gegeben, der Chef der CDU-Sozialausschüsse, Karl-Josef Laumann, tat es. Die beiden können gut miteinander.

Auch die CDU in der Opposition kann einen wie Linnemann gut gebrauchen. Vielleicht gerade die. Opposition muss kein Mist sein, wenn man sie für eine Rundumsanierung nutzt. Nach 16 von Krisen und Kompromissen geprägten Regierungsjahren braucht die Partei ein programmatisches Update. Identitätspolitik in eigener Sache.

Carsten Linnemann war stets mehr als „nur“ ein Wirtschaftspolitiker. Der Volkswirt hat nicht nur eine Vorstellung davon, wie eine Volkswirtschaft resilienter wird, sondern auch die Gesellschaft. Die Stärkung der Familien, ein verpflichtendes Dienstjahr für Schulabgänger, ein funktionsfähiger Rechtsstaat, der das Asylrecht durchsetzt und zugleich die Talente und die Tatkraft von Zuwanderern anerkennt und sie zum Bleiben animiert – nur drei Elemente aus Linnemanns gesellschaftspolitischen Werkzeugkasten.

Für den früheren Assistenten des legendären Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Professor Norbert Walter, sind ein freier Markt und ein starker Staat kein Widerspruch. Fördern und Fordern, das in der SPD vergessene Prinzip, wird bei Linnemann in Ehren bewahrt.

Die christliche Soziallehre, das von Solidarität und Subsidiarität, ist sein Wertefundament. Übersetzt auf die Rentenpolitik heißt das in etwa: „Wenn wir älter werden, müssen wir

die Finanzierung klären. Wir brauchen eine Koppelung der Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung. Aber für jene, die nicht länger arbeiten können, braucht es Solidarität.“ Statt einer Garantie-Rente plädiert Linnemann für mehr Eigenverantwortung bei der Vorsorge, aber auch eine höhere Erwerbsminderungsrente.

Linnemann gehört zur selten gewordenen Spezies der Klartext-Politiker. Mit rhetorischem Genuss fordert er eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, das Ende der Verbeamtung für Lehrer oder warnt vor Naivität in der Flüchtlingsfrage. Als der damalige Daimler-Chef Dieter Zetsche 2015 schwärmte, die Flüchtlinge

könnten ein neues Wirtschaftswunder bringen, kritisierte Linnemann die Vermischung von humanitärem Asylrecht mit der Fachkräftezuwanderung: „Kein Land der Welt ist in der Lage, auf Dauer einen Zustrom von Menschen zu verkraften, die die Landessprache nicht sprechen, ein deutlich niedrigeres Qualifikationsniveau und einen völlig anderen sozio-kulturellen Hin-

Carsten Linnemann im Oktober 2013 bei seiner Vorstellungsrede zur Wahl des MIT-Bundesvorsitzenden in Braunschweig. Nach acht erfolgreichen Jahren gibt er das Amt im Dezember 2021 in neue Hände.





Die Stiftung Marktwirtschaft zeichnete Carsten Linnemann im Oktober 2020 mit dem Wolfram-Engels-Preis aus. Der damalige Chef der Wirtschaftsweisen, Professor Lars Feld (links), bezeichnete Linnemann als einen „der letzten Ordoliberalen im Deutschen Bundestag“. Unter einem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz (rechts) könnte Linnemann in Zukunft die Grundsatz- und Programmkommission der CDU leiten.

tergrund haben.“

Im Sommer 2019 sorgten Äußerungen Linnemanns bundesweit für Entrüstung: „Ein Kind, das kaum Deutsch spricht, hat auf einer Grundschule noch nichts zu suchen“, sagte er in einem Interview. Heute sind sich Kultusminister und Experten einig, dass Sprachförderung bei den Kleinsten unverzichtbar ist. „Sprachliche Defizite werden nicht in den ersten vier Jahren ausgeglichen“, sagt die Bildungsforscherin Nele McElvany, die an der TU Dortmund die IGLU-Studie zu Lesekompetenzen bei Grundschulern leitet.

Die CDU, so lautet Linnemanns Erkenntnis aus der Wahlschlappe, müsse sich wieder trauen, Kante zu zeigen. „Wir müssen vier oder fünf zentrale Positionen beschließen und diese auch durchhalten, wenn es unbequem wird.“ Dazu gehöre eine Staatsreform. Die Pandemie habe teilweise ein eklatantes Staatsversagen offenbart, sagt er. „Da stehen Faxgeräte in den Ämtern. Wir haben es nicht gebacken bekommen, Luftfilter in Schulen zu organisieren, geschweige denn Digital-Unterricht. Das ist irre!“

Der MIT-Vorsitzende Linnemann, der dreimal mit 98-Prozent-plus-x-Ergebnissen wiedergewählt wurde, hinterlässt seinen Verband gut bestellt. Einer der großen Erfolge seiner Amtszeit ist die Flexi-Rente, mit der länge-

res Arbeiten über das Renteneintrittsalter hinaus attraktiver wurde und damit ein Signal gesetzt wurde, dass Arbeiten eben nicht nur Last, sondern auch Erfüllung bedeuten kann. Eine halbe Million Menschen profitieren heute von dem Gesetz.

Auch die schrittweise Abschaffung der kalten Progression, das steuerpolitische Ärgernis der Leistungsträger, wenn bei steigenden Preisen und Löhnen die Steuerbelastung überproportional steigt, konnte die MIT durchsetzen.

Der Sohn eines Buchhändler-Ehepaares, der selbst eine lupenreine akademische Karriere hinlegte und an der TU Chemnitz in Volkswirtschaftslehre promovierte, setzte sich aber auch für die berufliche Bildung ein und half, dass heute in zwölf Handwerksberufen wieder die Meisterpflicht gilt.

„Carsten Linnemann und sein Team haben die MIT aus dem Dornröschenschlaf geholt und zur erfolgreichsten Gliederung in der CDU gemacht“ bilanziert Jana Schimke, die Bundestagsabgeordnete und Vize-Chefin der MIT. „Unsere Positionen finden sich in der programmatischen Agenda der Union, aber auch auf dem Wunschzettel unserer Wähler wieder.“ Den eigenen Verband hat Linnemann mit Unterstützung von Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben runderneuert. Frisches Logo, neuer Name, neue

Homepage, Online-Formate, Newsletter und eine Veranstaltungs-App. Ergebnis: Erstmals seit Jahrzehnten steigt die Mitgliederzahl wieder.

Für Linnemann ist der Abschied und der Aufstieg in die CDU-Führung die logische Weiterentwicklung. Und die CDU bekommt einen Mann, der jenseits des Fachlichen die laut Max Weber zentrale Eigenschaft für einen Politiker besitzt: Leidenschaft. „Ich habe richtig Bock auf Erneuerung“, sagt Linnemann. Als Leiter der Grundsatzabteilung will er die Landesverbände bereisen, Diskussionsforen moderieren und die Partei zur Modernisierung regelrecht antreiben.

Dass Linnemann seinen Chefposten beim Wirtschaftsflügel zur Verfügung stellt, ohne die Gewissheit zu haben, dass er als Parteivize gewählt wird, passt zu dem Paderborner. Eine politische Absicherung ist nicht sein Ding. Außerdem: Man könne ja nicht eine Amtszeitbegrenzung für den Kanzler oder die Kanzlerin fordern, aber dann am eigenen Posten kleben, sagt er. Alles habe seine Zeit. Die von Carsten Linnemann hat gerade erst begonnen.

Michael Bröcker ist Chefredakteur des Nachrichten- und Audioportals „The Pioneer“ von Gabor Steingart. Davor war der Diplom-Volkswirt Chefredakteur der Rheinischen Post.

BILANZ 2019-2021

Corona verändert die Welt – und auch die MIT-Arbeit

Die Arbeit in der abgelaufenen Vorstandsperiode war stark von den Auswirkungen der Corona-Krise geprägt, aber auch von der Erstellung des Wahlprogramms, Kandidatenfragen und Nachwahlbetrachtungen. Von Anfang an hat sich die MIT in die Themen Pandemie-Bekämpfung, Bevölkerungsschutz und wirtschaftliche Hilfen eingebracht.

Politische Schwerpunkte

Sowohl bei der Handhabung des Lockdowns und bei den Grundrechtseinschränkungen hat die MIT die Ausrichtung auf eine reine Verhinderung von Ansteckungen als zu einseitig betrachtet. Es gab 14 Vorstandsbeschlüsse, die sich mit den Folgen der Pandemie beschäftigt haben. Dabei sind viele MIT-Forderungen umgesetzt worden, wie die Abkehr von der Inzidenz-Fixierung oder die Öffnung der Schulen und Kitas, leider oft später als es wünschenswert gewesen wäre. Der Bundesvorstand hat außerdem eine Projektkommission „Lehren aus der Corona-Krise“ eingesetzt.

Die MIT hat bei der Erstellung des Wahlprogramms von CDU und CSU viele eigene Vorschläge einbringen können und die meisten kritischen Vorschläge verhindern können. Ergebnis: So viel MIT war lange nicht mehr in einem Unions-Wahlprogramm enthalten.

Der Bundesmittelstandstag 2019 hat den Bundesvorstand beauftragt, ein Konzept zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorzulegen. Dieses Reformkonzept wurde in mehreren Werkstattgesprächen unter Mitwirkung von Experten erarbeitet.

MIT-intern wurde das Konzept intensiv durchdiskutiert, angepasst und schließlich einstimmig beschlossen – mit großem öffentlichem Widerhall.

Mehr Veranstaltungen online

Die MIT hat schon vor Beginn der Corona-Pandemie die Voraussetzungen für Online- und Hybrid-Sitzungen geschaffen und im Sitzungsraum ein Videokonferenzsystem installiert. Von März 2020 bis August 2021 fanden fast alle Veranstaltungen online statt, selten als Hybrid-Sitzungen. Letztlich tagte der Bundesvorstand häufiger als die Jahre zuvor.

In einer Klausurtagung befasste sich der Vorstand mit dem Bundesmittelstandstag und den Themen Digitalisierung, Startup-Förderung und marktwirtschaftlicher Klimaschutz statt. Die MIT führte zwei Kreisvorsitzendenkonferenzen durch, einmal mit Armin Laschet. Ein voller Erfolg war das neue mitgliederoffene Format „MIT:Afterwork“, bei dem der Bundesvorsitzende eine Stunde abends mit zwei interessanten Persönlichkeiten diskutiert, unter anderem mit Jens Spahn und Hendrik Streeck, Diana Kinnert und Wolfgang Bosbach. Während des Lockdowns wurde auch die



Auf dem CDU-Parteitag 2019 in Leipzig erreichten MIT und CDA einen Kompromiss zur Zukunft der privaten Altersvorsorge.

„Die MIT hat schon vor Beginn der Corona-Pandemie die Voraussetzungen für Online- und Hybrid-Sitzungen geschaffen.“

neue App „Clubhouse“ genutzt, um mit meist jungen Leuten ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus führte die MIT eine Coaching-Reihe für MIT-Bundestagskandidaten, Verbändekonferenzen und viele weitere Formate durch. Zum festen Bestandteil des politischen Veranstaltungskalenders in der Hauptstadt gehört inzwischen

Beim Leitantrag konnte die MIT viele Ideen unterbringen, ebenso wurden alle Änderungsanträge angenommen, unter anderem zur Unternehmenssteuerreform, zur Einkommensteuerreform, zur Absenkung von Sozialabgaben und zur Reform des Arbeitszeitrechts. Daneben konnte die MIT Sachanträge zur Grundrente, zur privaten Altersvorsorge, zur Planungsbeschleunigung und zur vorschulischen Bildung durchsetzen.

Ihre Verbundenheit mit der Jungen Union dokumentiert die MIT nicht nur mit gemeinsamen Anträgen bei CDU-Parteitag, sondern auch mit Präsenz auf dem JU-Deutschlandtag.

Digitalisierung erleichtert Arbeit

Die MIT hat ein Beschlussmonitoring-System eingeführt, in dem Mitglieder und Gliederungen sich jederzeit über den Umsetzungsstand von Beschlüssen des Bundesmittelstandtages online informieren können. Zudem hat die MIT ein Online-Formular entwickelt, über das Mitglieder Anträge an den Bundesmittelstandstag stellen können.

der Parlamentarische Abend mit der Verleihung des Mittelstandspreises der MIT. Dieser fand im November 2019 und im November 2021 (siehe Seiten 32).

CDU und Junge Union

Die MIT hat auf dem CDU-Parteitag im November 2019 so viele Anträge durchgebracht wie noch nie.

„Es bleibt weiterhin wichtiges strategisches Ziel, die Mitgliederzahl der MIT deutlich zu erhöhen.“

Um die Kommunikation zwischen Funktionsträgern und Mitgliedern, aber auch der Mitglieder untereinander zu verbessern, hat die MIT eine Mitglieder-App entwickeln lassen. Die App verbindet Funktionen von Profildatenbanken mit Messenger-Diensten und bietet eine Wissensdatenbank, Sitzungstermin-Management und vieles mehr an. Außerdem wird eine Unternehmensdatenbank programmiert, in der MIT-Mitglieder ihr Unternehmen präsentieren können. Die App soll ab Anfang 2022 für alle Mitglieder verfügbar sein.

Unterstützung bei Inhalten und Werbematerialien wendet der Bundesverband auch Mittel auf für die Öffentlichkeitsarbeit der Kreis-, Bezirks- und Landesverbände sowie finanzielle Unterstützung für strukturschwache Landesverbände. Den von der MIT und dem Servicepartner UBG entwickelten Baukasten für die Homepage-Gestaltung nutzen bereits 61 Gliederungen. Die Bundesgeschäftsstelle hat den Leitfaden zur Mitgliederwerbung und aktiven Verbandsarbeit neu aufgelegt. Nachdem 2018 in Brüssel der erste MIT-Auslandsverband

gegründet wurde, folgten in 2020 und 2021 die Auslandsverbände Österreich und Schweiz.

Es bleibt weiterhin wichtiges strategisches Ziel, die Mitgliederzahl der MIT deutlich zu erhöhen. Dafür gibt es gute Ansätze und Ideen. Die Implementierung der neuen MIT-App soll die Attraktivität der Mitgliedschaft erhöhen und die MIT-Arbeit deutlich erleichtern. ●



Thorsten Alsleben
Chefredakteur
alsleben@mit-bund.de

Einsatz vor Ort und im Ausland

Neben den allgemeinen Serviceleistungen wie Mitgliederverwaltung, satzungsrechtliche Beratung und

Die MIT-Jahre 2019 bis 2021 waren vor allem geprägt von digitalen Formaten. Im Bild die Kreisvorsitzendenkonferenz, auf der sich Kanzlerkandidat Armin Laschet den Fragen von rund 200 MIT-Mitgliedern stellt.



Was bedeutet die Ampel für den Mittelstand?

SPD, Grüne und FDP haben ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. Zwar verzichtet die Ampel vorerst auf Steuererhöhungen. Die vielen Vorhaben, vor allem der ökologische Umbau der Wirtschaft, werden aber tiefe Löcher in die Staatskasse reißen. Für Bürger und den Mittelstand wird es am Ende teuer.

Die Ampel-Koalition will die Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an Vergabeverfahren verbessern. „Förderprogramme und Investitionszuschüsse sollen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein“, schreiben die Koalitionäre. Allerdings soll die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines Tarifvertrages gebunden werden.

Der Ausbau der Tarifbindung zieht sich überhaupt wie ein roter Faden durch den Koalitionsvertrag. Da gerade kleine und mittlere Unternehmen häufig nicht tarifgebunden sind, wird sich ihre Situation erschweren. Um Tariffucht zu erschweren, sollen Betriebsausgliederungen künftig verhindert werden. In Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sollen weitere Schritte zum Ausbau von Tarifverträgen erarbeitet werden.

Außerdem soll der Mindestlohn flächendeckend auf zwölf Euro steigen. Die Verdienstgrenze für Minijobs soll auf 520 Euro steigen, die für Midi-Jobs auf 1600 Euro. Selbstständige, die bislang in keinem Alterssicherungssystem sind, sollen verpflichtet werden, in die gesetzliche Rente einzuzahlen.

Lieferkettengesetz

Das nationale Lieferkettengesetz, welches die vorige Regierung gegen den Willen der MIT auf den Weg brachte, will die Ampel unverändert umsetzen und gegebenenfalls ausbauen. Hinzu kommt, dass die Ampel sich für ein europäisches Lieferkettengesetz einsetzen will und den Vorschlag der EU-Kommission für ein entwaldungsfreies Lieferkettengesetz unterstützt. Damit sollen Auflagen für Produkte wie Rindfleisch oder Soja eingeführt werden. Daneben enthält der Entwurf der EU-Kommission



Fachkräfte und Einwanderung

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, soll das duale System der beruflichen Ausbildung gestärkt werden. Etwas schwammig heißt es, dies solle durch einen verbesserten Übergang von der Schule in die berufliche Bildung und durch die Förderung von Ausbildungsbotschaftern erreicht werden. Die Ausbildung im Handwerk soll gezielt gefördert werden und der Zugang zur Meister-Ausbildung erleichtert werden, „indem wir die Kosten von Meisterkursen und -briefen für die Teilnehmer deutlich senken“. Dem Fachkräftemangel will die Ampel durch eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen entgegenwirken. Außerdem will sie „allen älteren Erwerbstätigen, die dies können und wollen, ermöglichen auch mindestens bis zum regulären Renteneintrittsalter zu arbeiten.“ Einem höheren Renteneintrittsalter, etwa gekoppelt an die steigende Lebenserwartung, erteilt der Koalitionsvertrag eine klare Absage. Genau das wird aber von zahlreichen Wissenschaftlern gefordert, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

Vor allem aber will die Ampel den Fachkräftemangel durch mehr Einwanderung bekämpfen. Dafür will die Ampel eine „Chancenkarte“ einführen. Diese soll auf Basis eines Punktesystems Einwanderern den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtern. Außerdem soll es für Ausländer auch leichter möglich werden, für eine nicht-akademische Tätigkeit einzuwandern, wenn ein konkretes Jobangebot vorliegt. Die Ampel will auch die Hürden für die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse senken.

„Die Ampel will den Fachkräftemangel mit mehr Einwanderung bekämpfen.“

für eine Lieferkettenregulierung sehr viele Auflagen für Unternehmen, die sowohl von den Wirtschaftsverbänden in Deutschland als auch bei den deutschen Mittelstandspolitikern von CDU und CSU im Europaparlament auf massiven Widerstand stoßen. Auch will die Ampel das von der EU vorgeschlagene Importverbot von Produkten, die unter aus ihrer Sicht fragwürdigen Bedingungen hergestellt wurden, unterstützen. Zwar soll dies alles so ausgestaltet werden, dass „kleine und mittlere Unternehmen nicht überfordert“ werden. Wie das in der Praxis aussehen soll, lässt der Koalitionsvertrag jedoch offen.

Gründungen, Bürokratie und Tarifverträge

Für Unternehmensgründungen will die Ampel eine Startup-Strategie auf den Weg bringen. Diese soll „Gründungen aus allen Lebenslagen und eine Kultur der zweiten Chance unterstützen“. Außerdem sollen Hürden für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu Fördermitteln abgebaut werden. Generell den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern, fordert die Koalition aber nicht.

Die Ampel will Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden ermöglichen. Dazu sollen unter anderem flächendeckend „One Stop Shops“ kommen, die für die Gründungsberatung, -förderung und -anmeldung als Anlaufstellen dienen. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte bereits in der vergangenen Legislaturperiode einen ähnlichen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der aber in der Koalition nicht umgesetzt wurde. Auch die Idee, privates Kapital von Anlegern wie Versicherungen und Pensionskassen für die Startup-Finanzierung zu mobilisieren, ist nicht neu.

Darüber hinaus will die Ampel bereits bestehende Förderprogramme wie das „Zentrale Innovationsmanagement Mittelstand“ (ZIM) weiterentwickeln. Die Ampel baut hier eher auf Bestehendem auf, als eigene Akzente zu setzen. Auch die „One-in-One-out“-Regelung zum Bürokratieabbau wird die Ampel von der vorherigen Bundesregierung übernehmen. Diese Regel besagt, dass jedes Bundesministerium bürokratische Belastungen, die es durch neue Regelungen aufbaut, an andere Stelle abbauen muss. Die Innovationsförderung des Bundes soll „für soziale und ökologische Innovationen“ geöffnet werden. Die Aspekte Innovation, Nachhaltigkeit, Verbraucherschutz und soziale Gerechtigkeit sollen in die Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb integriert werden und das Bundeskartellamt soll gestärkt werden.

„Es ist völlig offen, wie die Ampel all die Pläne finanzieren will.“

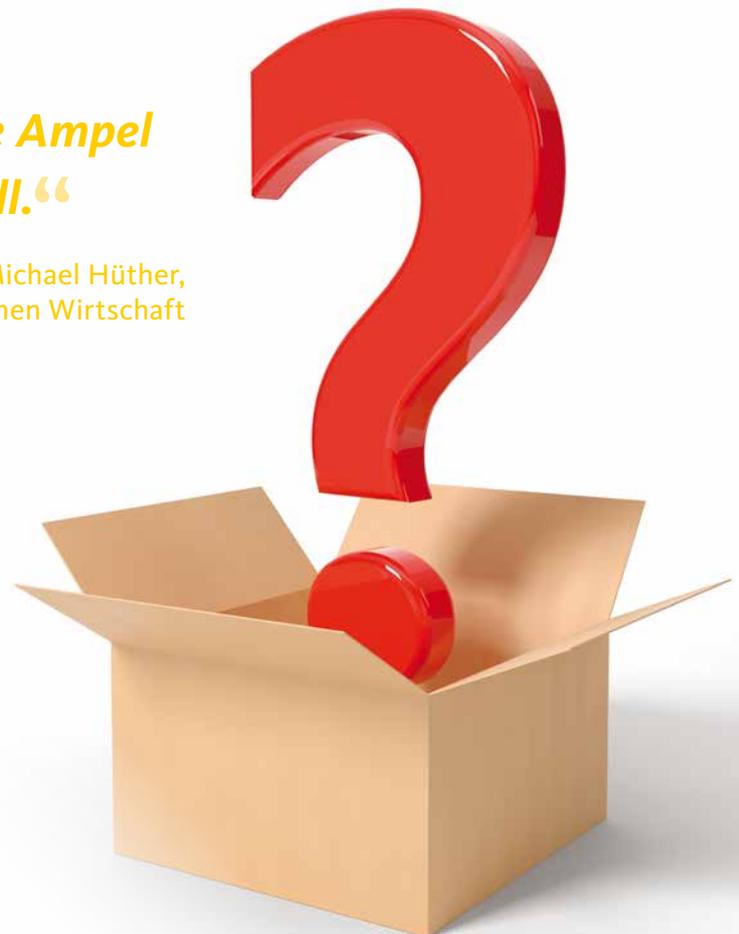
Michael Hüther,
Institut der deutschen Wirtschaft

Wohnen und Bauen

Für das Baugewerbe könnten die Vorhaben der Ampel zu einem Auftragsschub führen. Für private und gewerbliche Bauherren wird es aber teuer: Die Ampel will alle geeigneten Dachflächen künftig für Solarenergie nutzen. Bei gewerblichen Neubauten soll dies verpflichtend sein. Außerdem schweben der Ampel Dämmschichten, Lüftungsanlagen und Wärmerückgewinnungssysteme bei allen Neubauten vor. Auch bei der Sanierung wird es teurer. Neu eingebaute Heizungen unterliegen ab 2025 strengen Auflagen und werden deutlich teurer. Dabei ist fraglich, ob bis dahin in allen Regionen Deutschlands ausreichend Strom aus erneuerbaren Ener-

gien verfügbar ist. Dieser Strom wäre aber nötig, um die Kriterien zu erfüllen, die der Ampel für neue Heizungen vorschweben. Wie die Ampel dieses Problem lösen will, beantwortet der Koalitionsvertrag nicht. Zwar will die Ampel klimafreundliche Baumaßnahmen finanziell fördern. Ob die Förderung aber ausreicht, um die Mehrkosten für die Bauherren zu decken, darf bezweifelt werden.

Zwei Prozent der Landesfläche sollen für den Bau von Windrädern ausgewiesen werden. Die Ampel sieht darin ein „Konjunkturprogramm für den Mittelstand“ und „den Weg zur CO₂-neutralen Welt als große Chance für den Industriestandort Deutschland“. Gute Rahmenbedingungen für den Mittelstand will die Ampel durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, wettbewerbsfähige Energiepreise und schnellere Genehmigungsverfahren schaffen. Die erhöhten Heizkosten durch den CO₂-Preis will die Ampel hälftig zwischen Vermieter und Mieter aufteilen. Die Mietpreisbremse soll bis zum Jahr 2029 verlängert werden. In Städten ab 100.000 Einwohnern sollen qualifizierte Mietpiegel verpflichtend eingeführt werden. Pro Jahr will die Ampel 400.000 neue Wohnung bauen, davon sollen 100.000 öffentlich gefördert werden. Für mittelständische Handwerksbetriebe dürfte es also viel zu tun geben. Die sind aber heute schon ausgelastet. Für private und gewerbliche Bauherren dürfte es künftig also noch schwerer und vor allem teurer werden, Handwerker zu finden.



Automobilindustrie, Landwirtschaft, Ernährung

Für die Automobilindustrie und ihre Zulieferer wird sich einiges ändern. Ziel von SPD, Grünen und FDP ist es, dass in Europa ab 2035 nur noch CO₂-neutrale Fahrzeuge zugelassen werden. Damit übernimmt die Ampel die Pläne der EU. In Deutschland sollen dann nur noch elektrische oder mit E-Fuels betankbare Fahrzeuge neu zugelassen werden dürfen. Auch sollen die CO₂-Flottengrenzwerte für Nutzfahrzeuge „weiterentwickelt“ werden – wobei das wahrscheinlich als verschärfen zu verstehen ist. Ab 2023 soll ein CO₂-Zuschlag für den gewerblichen Güterkraftverkehr eingeführt werden. Die Ampel will außerdem eine neue Schadstoffnorm EURO 7 schaffen und für Elektrofahrzeuge eine Million „öffentlich und diskriminierungsfrei“ zugängliche Ladepunkte schaffen.

2022 will die Ampel eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung einführen und strebt hierfür verbindliche, EU-weite Standards an. Förderungen für landwirtschaftliche Betriebe sollen künftig an Haltungskriterien geknüpft werden. Auch soll ein Überwachungssystem in tierschutzrelevanten Bereichen in Schlachthöfen einer gewissen Größe eingeführt werden. Teile des Tierschutzrechts sollen in das Strafrecht überführt werden und das maximale Strafmaß soll erhöht werden. Tierversuche in der Forschung sollen reduziert und Alternativen gesucht werden. Die gesamte Landwirtschaft soll sich künftig vor allem am Umwelt- und Ressourcenschutz messen lassen müssen. Bis 2030 sollen 30 Prozent Ökolandbau erreicht werden. Der Umbau soll massiv subventioniert werden. Eine „Zukunftskommission Fischerei“ soll Empfehlungen für nachhaltigeren Fischfang erarbeiten. Gruppenschleppnetz-Fischerei soll stark eingeschränkt werden und Fangtechniken artenspezifisch angepasst werden.

Die Zuckersteuer findet sich zwar nicht im Koalitionsvertrag. Aber die Ampel will stärker in der Ernährung der Bürger eingreifen als frühere Regierungen. Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt sollen künftig in Sendungen für unter 14-Jährige verboten sein. Es soll sukzessive mehr regionale und ökologische Lebensmittel geben. „Wir stärken pflanzliche Alternativen und setzen uns für die Zulassung von Innovationen wie alternative Proteinquellen und Fleischersatzprodukten in der EU ein“, schreiben die Koalitionäre. Der sogenannte Nutri-Score, der die Nährwerte in Lebensmitteln anhand von Farben kennzeichnet und in den betroffenen Branchen umstritten ist, soll EU-weit eingeführt werden. Das

übergeordnete Ziel dieser Maßnahmen ist die „wissenschaftlich fundierte und auf Zielgruppen abgestimmte Reduktionsziele für Zucker, Fett und Salz“. Die Ampel will auch prüfen, ob „der Verkauf von Lebensmitteln unter Produktionskosten unterbunden werden kann“.

Steuerpolitik

Vorerst verschont bleiben Leistungsträger von einer befürchteten Vermögensteuer oder der Anhebung der Erbschaftsteuer. Aber auch die erhoffte vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags oder eine größere Einkommens- oder Unternehmenssteuerreform nimmt die Koalition nicht in Angriff. Dagegen plant die Koalition eine Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, eine Anhebung des Sparerpauschbetrags auf 1000 Euro sowie für Unternehmen eine Verlängerung der erweiterten Verlustverrechnung bis Ende 2023.

Finanzfrage bleibt offen

Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft fanden zunächst durchaus lobende Worte für den Koalitionsvertrag. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger sagte, dass vieles in die richtige Richtung weise. Er mahnte aber an, dass es bei den drängendsten Themen wie Digitalisierung und dem demografischen Wandel einen „großen Wurf“ brauche. „Dieser ist leider nicht durchgängig im Koalitionsvertrag erkennbar“, so Dulger.

Der Düsseldorfer Ökonom Jens Südekum stellt im Handelsblatt die Frage, welche Finanzierungsoptionen die Ampel ziehen wird: „Insgesamt bleibt der Koalitionsvertrag im Bereich der Finanzierung ziemlich im Ungefähren.“ Hier sei es nun an FDP-Chef Christian Lindner, dem zukünftigen Finanzminister, die Vorhaben der Ampel in die Praxis umzusetzen. Für Lindner dürfe es aber schwer werden, „von seinen Ampel-Partnern eiserne Haushaltsdisziplin zu verlangen“, so Südekum. Ähnlich äußert sich Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, gegenüber t-online: „Es ist völlig offen, wie die Ampel all die Pläne finanzieren will.“ ●



Micha Knodt
Redakteur
knodt@mit-bund.de

MITGLIEDERBEFRAGUNG

Wer wird neuer CDU-Vorsitzender?**Friedrich Merz**

Friedrich Merz (66) kommt aus dem Hochsauerlandkreis und ist Rechtsanwalt. Er war Richter, Europa- und dann Bundestagsabgeordneter. Von 2000 bis 2002 war er Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er war Aufsichtsratsvorsitzender eines Familienunternehmens, des Flughafens Köln/Bonn und eines internationalen Vermögensverwalters. 2021 wurde er wieder direkt in den Bundestag gewählt.

Das MIT-Präsidiumsmitglied gilt als Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft. Er will den „thematischen

Reichtum unserer Partei sichtbar machen: für Freiheit und Verantwortung, für Solidarität und Subsidiarität, für Sicherheit und Ordnung, für rechtsstaatliche Verlässlichkeit und den Schutz des Eigentums“. Als Generalsekretär schlägt er den Berliner Sozialpolitiker Mario Czaja vor, als dessen Stellvertreterin die schwäbische Bundestagsabgeordnete Christina Stumpp. Der scheidende MIT-Vorsitzende Carsten Linnemann soll als Parteivize die Grundsatz- und Programmkommission leiten. Merz ist verheiratet und hat drei Kinder. ●

**Prof. Dr. Helge Braun**

Helge Braun (49) kommt aus Gießen und ist Narkosearzt. Er war zuletzt Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes. Davor war er Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung. Dem Bundestag gehört er seit 2009 an, bei der Bundestagswahl 2021 zog er über die Landesliste ein.

Er ist Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Mittelhessen und seit 2004 Kreisvorsitzender der CDU Gießen.



Erstmals in ihrer Geschichte stimmen die Mitglieder der CDU Deutschlands über den neuen Vorsitzenden ab. Mit Helge Braun, Friedrich Merz und Norbert Röttgen bewerben sich drei MIT-Mitglieder um die Nachfolge von Armin Laschet. Der erste Wahlgang läuft vom 4. bis 16. Dezember, der gegebenenfalls zweite vom 29. Dezember bis 12. Januar. Der Gewinner wird später auf einem CDU-Parteitag bestätigt, voraussichtlich digital am 22. Januar.

Braun betont, die CDU müsse das Image sozialer Kälte abstreifen und für „die hart arbeitende Bevölkerung“ da sein. „Ihre Aufstiegschancen sowie die Vereinbarkeit von Familie oder Pflege und Beruf sind für mich Herzensanliegen“, sagt er und gibt an, insbesondere Frauen und junge Leuten zur CDU zurückholen zu wollen. Als Generalsekretärin schlägt er die Integrationspolitikerin Serap Güler aus Köln vor, die saarländische Digitalpolitikerin Nadine Schön soll die Programm- und Strukturentwicklung der CDU leiten. Braun ist verheiratet und kinderlos. ●

Dr. Norbert Röttgen

Der Rheinländer Norbert Röttgen (56) ist Jurist und seit 2014 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag. Von 2009 bis 2012 war er Bundesumweltminister, davor Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Er war Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen und stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender. Seit 2021 ist er CDU-Präsidiumsmitglied. Dem Bundestag gehört er seit 1994 als direkt gewählter Abgeordneter an.

Er will die CDU weiter in der politischen Mitte verankern und dazu

„die Alltagsorgen der Menschen, die unsere Gesellschaft tragen, annehmen und verstehen“. Der neue CDU-Chef müsse vor allem „Kompetenz und Glaubwürdigkeit in der Klimapolitik verkörpern“. Die 2020er Jahre sollen das Jahrzehnt der europäischen Selbstbehauptung werden. Er will einen Deutschland-Dialog initiieren, in dem stärker miteinander zwischen Ost und West gesprochen wird. Als Generalsekretärin schlägt er die Hamburger Bundestagsabgeordnete Franziska Hoppermann vor. Röttgen ist verheiratet und hat drei Kinder. ●

HENDRIK WÜST IM INTERVIEW

„Quoten können nicht das Mittel der ersten Wahl sein“



Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst spricht im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben über seinen neuen Arbeitsalltag, Quoten in der Politik und das Alleinstellungsmerkmal der CDU.

Herr Wüst, Sie sind seit wenigen Monaten Vater. Inwiefern hat das Ihren Arbeitsalltag geändert?

Hendrik Wüst: Ein Kind verändert das ganze Leben. Meiner Tochter gehört grundsätzlich die erste Stunde des Tages ganz früh morgens. Diese Zeit genieße ich sehr. Beruf und Familie zu vereinbaren, ist immer eine Herausforderung, da geht es mir wie vielen anderen Eltern in unserem Land. Es ist sehr viel mehr zu organisieren.

Haben Sie nachts auch Babydienst, selbst wenn Sie wichtige Termine am nächsten Tag haben?

Meine Frau und ich stimmen uns eng ab und teilen uns auch solche Aufgaben. Das ist für mich selbstverständlich. Wir haben allerdings das große

Amt lief reibungslos. Sowohl im Kabinett als auch in der Staatskanzlei arbeiten wir vertrauensvoll und gut zusammen. Es war mir wichtig, die vielen Herausforderungen und die Arbeit sofort anzugehen. Denn die Pandemie macht keine Regierungspause.

Was machen Sie anders als Armin Laschet?

Was das Alter, die Herkunft und manche Erfahrung angeht, sind wir unterschiedliche Typen mit unterschiedlicher Prägung. Schon deshalb setze ich natürlich auch eigene Schwerpunkte. Zum Beispiel die enge Verbindung zum Mittelstand, dessen Themen mir seit vielen Jahren und nicht erst als MIT-Landesvorsitzender sehr am Herzen liegen. Als Christdemokraten verbindet Armin Laschet und mich im

„In NRW haben wir gehandelt, bevor eine Situation wie in anderen Bundesländern eingetreten ist.“

Glück, dass unsere Tochter im Moment sehr gut schläft. Ich weiß, das kann sich auch schnell ändern. Ich bin selbst gespannt, wie es in den kommenden Monaten weitergeht und freue mich darauf.

Nun sind Sie auch seit wenigen Wochen neuer Ministerpräsident. Was war das Überraschendste oder Ungewohnteste im Vergleich zur Arbeit vorher?

Was Termindichte und Arbeitsaufkommen betrifft, hat sich nicht allzu viel verändert. Neu war natürlich die große Themenvielfalt, die mich nun als Ministerpräsident erwartet. Im Verkehrsministerium waren die Inhalte zwar nicht weniger spannend, dafür thematisch aber deutlich näher beisammen. Das Durchstarten ins neue

Kern viel mehr, als uns trennt. Uns eint der Glaube an zentrale Werte und eine verlässliche Freundschaft, die über das Politische hinausgeht.

Was ist denn die inhaltliche „Agenda Wüst“ für die nächsten Monate und dann für den Wahlkampf?

Aktuell steht erst einmal die Bewältigung der vierten Corona-Welle im Vordergrund – die Gesundheit der Menschen zu schützen hat absolute Priorität. In Nordrhein-Westfalen haben wir gehandelt, bevor eine Situation wie in anderen Bundesländern eingetreten ist. Dennoch ist die Lage dynamisch und deshalb war es wichtig, bundesweite Leitlinien zu beschließen. Wir stemmen gerade einen nationalen Kraftakt, um den Menschen flächendeckend und



Sprung ins kalte Wasser: Kaum war er Regierungschef in NRW, hatte Hendrik Wüst als neuer Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz die Aufgabe, Bund und Länder auf eine möglichst einheitliche Linie bei der Corona-Bekämpfung zu bringen.



schnell die dritte Impfung anbieten zu können. Unser Blick und unsere Vorbereitungen gehen aber natürlich bereits weiter. Der Wiederaufbau nach dem Unwetter in Nordrhein-Westfalen braucht einfache und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen. Wir als Landesregierung werden dafür an die bisherigen acht Entfesselungspakete anknüpfen. Mehrere Initiativen zum genehmigungsfreien oder erleichterten Wiederaufbau der Infrastruktur in den Unwetterregionen haben wir bereits im Bundesrat eingebracht. Und auch bezahlbarer Wohnraum ist ein zentrales Thema. Jetzt ist gutes Regierungshandwerk gefragt. Wir bereiten uns natürlich gut vor, aber der Wahlkampf beginnt erst im Frühjahr.

Bislang waren ja CDU-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen eher CDA-nah. Sie sind der erste MIT-Chef in dem Amt – sogar bundesweit.

Müssen Sie dafür mehr Zugeständnisse an die CDA machen?

In der Volkspartei CDU muss beides wieder besser sichtbar werden: die MIT mit Lösungen für die Probleme des Mittelstandes ebenso wie die CDA mit Lösungen sozialer Fragen. Bei den großen Themen dieser Zeit geht es nur zusammen. Klimaschutz und starke Wirtschaft mit sicheren, guten Arbeitsplätzen zu versöhnen, können nur wir mit starker MIT und starker CDA.

Der CDU-Parteitag wird wohl über die Einführung einer Frauenquote

„Klimaschutz und starke Wirtschaft mit sicheren, guten Arbeitsplätzen zu versöhnen, können nur wir mit starker MIT und starker CDA.“



diskutieren. Junge Union und MIT sehen das kritisch. Wie stehen Sie dazu?

Für uns als Volkspartei führt kein Weg daran vorbei, dass die CDU attraktiver für politisch interessierte Frauen wird. Ihre Sicht, ihre Stärken müssen sichtbar werden. Es muss uns ein inneres Anliegen sein. Ich bin froh, dass es nach meiner Wahl zum CDU-Vorsitzenden in Nordrhein-Westfalen gelungen ist, die Parteiführung zur Hälfte mit Frauen zu besetzen – und das ganz ohne Quote.

Wären Sie auch für Quoten für andere, die sich unterrepräsentiert fühlen: junge Menschen, Migranten, Unternehmer?

Quoten können nicht das Mittel der ersten Wahl sein. Aber klar ist: Die Vielfalt macht eine Volkspartei aus, die die gesamte Gesellschaft im Blick hat. Daran sollten wir arbeiten.

Bislang war der CDU-NRW-Chef auch immer ein wichtiger Mitspieler auf Bundesebene, mindestens als Vize-Vorsitzender. Werden Sie auch in der Bundespolitik eine größere Rolle spielen?

Als Ministerpräsident bin ich im Präsidium dabei. Da werde ich mich auch in die Arbeit der CDU Deutschlands einbringen.

Welchen Kandidaten wünschen Sie sich den für den Bundesvorsitz?

Unsere Mitglieder werden das entscheiden – und sie brauchen dafür

kein Votum des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden. Die Mitglieder haben das Wort, das ist gut!

Was erwarten Sie von dem neuen Vorsitzenden?

Der Vorsitzende muss sicherstellen, dass die CDU wieder das soziale Gewissen der Republik wird. Und er muss sich mit einem Team umgeben, das die ganze Vielfalt der Volkspartei CDU zeigt.

„Nach der Wahl des CDU-Chefs braucht es eine längere Phase der Stabilität und Ruhe in der Partei.“

Was muss die CDU strukturell ändern? Mehr Basisbeteiligung?

Politik muss familienfreundlicher werden. Sitzungen und Termine dürfen nicht so oft in den Abend gelegt werden. Das gilt insbesondere für eine Partei wie die CDU, die Familien in besonderem Maße als Nukleus unserer Gesellschaft sieht. Dafür braucht es einen Mentalitätswechsel. Den muss auch eine Parteizentrale glaubhaft vorleben. Es muss die Bereitschaft bestehen, junge Menschen oder Menschen mit familiären Verpflichtungen besser einzubinden, indem man solche Hürden senkt.

Die Partei ist sehr gespalten: Es gibt gegenseitige öffentliche

Angriffe und auch im Wettbewerb um den Vorsitz hat man den Eindruck, die Fans der Kandidaten konzentrieren sich mehr auf die Schwächen der anderen als auf die Stärken des eigenen Kandidaten. Wie könnte man das in den Griff bekommen?

Das sehe ich anders, ich erlebe keine wirkliche Spaltung innerhalb der CDU, außer vielleicht bei den immer gleichen Lautsprechern, die sich bei Twit-

ter austoben. Viele Mitglieder haben sicher ihren jeweiligen Favoriten, den sie unterstützen. Ich empfinde die Auseinandersetzung zwischen den drei Kandidaten als fair. Wahr ist aber auch: Mit der Wahl jetzt braucht es eine längere Phase der Stabilität und Ruhe in der Partei. Das würde uns allen gut tun.

Was sind aus Ihrer Sicht die Kernthemen, um die sich die CDU jetzt kümmern muss?

Unser Alleinstellungsmerkmal ist das christliche Menschenbild. Gerade als Opposition im Bund werden wir eine noch klarere Haltung zu vielen Themen entwickeln müssen. Darin liegt, bei allem Ärger über das Wahlergeb-



Hendrik Wüst (46) ist seit 2013 Landesvorsitzender der MIT Nordrhein-Westfalen. Nach dem Rückzug von Armin Laschet wurde er im Oktober zunächst zum Landesvorsitzenden der CDU und dann zum Ministerpräsidenten in NRW gewählt. Zuvor war er Landesverkehrsminister. Wüst kommt aus dem westlichen Münsterland, ist verheiratet und hat eine Tochter. Er arbeitete als Rechtsanwalt und Geschäftsführer im Medienbereich. Der frühere Landesvorsitzende der Jungen Union gehörte von 2002 bis 2012 dem Bundesvorstand der CDU an. 2005 wurde er erstmals in den Landtag gewählt. Von 2006 bis 2010 war er CDU-Generalsekretär unter Jürgen Rüttgers. Bei der Landtagswahl 2017 wurde er in seinem Wahlkreis Borken I mit 52,9 Prozent der Stimmen in das Landesparlament gewählt.

nis im Bund, auch eine echte Chance. Gleichzeitig nicht das Prinzip polarisieren. Ich bin zum Beispiel sicher, dass die neue Bundesregierung bei Fragen der inneren Sicherheit nicht für das Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Menschen steht. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik werden Rot und Grün sicher diametral andere Vorstellungen haben als das bürgerliche Lager.

Über die Ampel gehen die Aussagen von Unionspolitikern auseinander: von „in Ordnung“ (Armin Laschet über das Sondierungspapier) bis „strammste Linksagenda“ (Ralph Brinkhaus). Wie bewerten Sie die bisherigen Ergebnisse?

Schon bei der Frage der Einberufung der Ministerpräsidentenkonferenz und dem Auslaufen der epidemischen



mer, in der Lockerungen möglich waren, und gehen in einen Winter mit Negativ-Rekordwerten bei Infektions- und Patientenzahlen und einer sehr angespannten Situation auf den Intensivstationen. Die pandemische Lage in vielen Teilen Deutschlands ist

Ja. Nordrhein-Westfalen zeigt, wie erfolgreich und einvernehmlich die Zusammenarbeit einer solchen Koalition erfolgen kann. Hier kann unser Land Vorbild für den Bund sein.

Finden Sie die Mitgliederbefragung für den Bundesvorsitz richtig?

Ja.

Kann das ein Modell für die Zukunft sein?

In dieser besonderen Lage ist es richtig. Das muss man in Zukunft von Fall zu Fall entscheiden.

Werden Sie mit CSU-Chef Söder besser zurechtkommen als Armin Laschet?

Ich kenne Markus Söder schon aus der Jungen Union. Das ist eine gute Grundlage, auch für die Arbeit innerhalb der Union.

Das war etwas mehr als ein Ja oder Nein, aber das lassen wir gelten. Danke für das Gespräch.

„Die neue Bundesregierung wird bei Fragen der inneren Sicherheit nicht für das Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Menschen stehen.“

Lage nationaler Tragweite haben wir gesehen, dass die Ampel sich noch daran gewöhnen muss, welche große Verantwortung sie nun trägt.

Bei Corona gehen die gegensätzlichen Ansichten quer durch Parteien von Lockdown bis Freedom Day. Wo ordnen Sie sich da ein?

Wir kommen aus einer Phase im Som-

aktuell sehr ernst. Wir brauchen einen Kurs der Wachsamkeit und Entschlossenheit. Testen, Impfen, Vorsicht – das ist das Gebot der Stunde.

Bitte beantworten Sie folgende Fragen nur mit Ja oder Nein. Sie haben einen Joker. Sind schwarz-gelbe Koalitionen im Bund noch realistisch?

UNSERE LEIDENSCHAFT

IST UNSERE BERUFUNG.

UND UNSERE STEUERBERATUNG

DIE GRÖSSTE HILFE.

Im Restaurant Margarete dreht sich alles um Regionalität und Nachhaltigkeit. Dank der Unterstützung ihrer Steuerberatung und den digitalen Lösungen von DATEV können sie sich voll und ganz auf ihre Gäste konzentrieren.



Raffaela und Simon,
Inhaber Restaurant MARGARETE

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

INSTRUMENTE DER KONTROLLE

Wie geht eigentlich Opposition?

Die Opposition (von lateinisch „opponere“: sich entgegenstellen) bilden die Abgeordneten im Parlament, die nicht zu der Bundesregierung oder den regierungstragenden Fraktionen gehören. Die politische Opposition ist ein zentrales Element moderner Demokratien, da sie die parlamentarische Kontrolle gegenüber der Regierung und der Verwaltung wahrnimmt.

Untersuchungsausschüsse

Das wichtigste Gremium für die Opposition sind Untersuchungsausschüsse. Sie sollen Fehler der Regierung oder des Bundestages, aber auch Missstände in der Verwaltung aufklären. Dazu hat der Ausschuss einen Untersuchungsauftrag, dem er nachkommen muss. Die Mitglieder des Ausschusses können Zeugen und Sachverständige unter Eid vernehmen. Der Ausschuss kann das Erscheinen der Zeugen sogar erzwingen, bei einer Weigerung des Zeugen drohen Geld- und Haftstrafen. Außerdem kann der Ausschuss Gerichte und Verwaltungsbehörden um Amtshilfe bitten. Hat der Ausschuss seine Untersuchung abgeschlossen, berichtet er dem Bundestag über die Ergebnisse. Zudem kann die Bundesregierung vom Ausschuss einen Zwischenbericht verlangen. Untersuchungsausschüsse werden immer nur für eine Wahlperiode eingesetzt und sind an einen aktuellen Anlass geknüpft.

Wichtige Untersuchungsausschüsse wurden zuletzt zur Pleite von Wirecard und zur Mautaffäre eingesetzt. Um

einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, müssen 25 Prozent der Abgeordneten zustimmen. Das entspricht im derzeit 736 Abgeordnete umfassenden Bundestag 184 Stimmen. Da die Union 197 Abgeordnete (26,8 Prozent) stellt, wäre sie demnach nicht auf Stimmen der anderen Oppositionsparteien angewiesen, um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Weitere Kontrollgremien

Auch in den ständigen Ausschüssen im Bundestag üben die Abgeordneten ihre Kontrollfunktion aus. Eines der wichtigsten Rechte der Ausschüsse ist die Herbeirufung eines Mitgliedes der Bundesregierung, welches dem Ausschuss über aktuelle Gesetzbearbeitungen berichten muss. Der Ausschuss darf dann Empfehlungen zur Gesetzgebung aussprechen. Einige Ausschüsse verfügen über eine besondere Stellung für die Opposition. So gilt der Haushaltsausschuss generell als der wichtigste Ausschuss, da hier die Bewilligung von Haushaltsmitteln vorbereitet wird. Dem Auswärtigen Ausschuss kommt die wichtige Aufgabe der Kontrolle der deutschen Außenpolitik zu. Der Verteidigungsausschuss kontrolliert das Verteidigungsministerium und die Streitkräfte. Er kann sogar sich selbst zum Untersuchungsausschuss erklären. Der Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union kann Stellungnahmen zu EU-Regelungsvorhaben abgeben. Bevor die Regierung über EU-Rechtsnormen

Nach 16 Jahren an der Regierung geht die Union in die Opposition. Die Abgeordneten haben eine fundamental wichtige Aufgabe: Sie müssen die Regierung kontrollieren und sich über die Arbeit und Pläne der Regierung informieren können. Dafür haben sie einige Instrumente zur Hand.

entscheidet, muss sie sich mit dem Bundestag beziehungsweise diesem Ausschuss abstimmen.

Darüber hinaus überwachen spezielle Kontrollgremien die Regierungsarbeit. Das Parlamentarische Kontrollgremium etwa überwacht die Nachrichtendienste des Bundes. Die von ihm eingesetzte G-10-Kommission achtet auf den Schutz personenbezogener Daten durch die Nachrichtendienste. Zwei weitere Gremien kontrollieren die Maßnahmen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens sowie die Arbeit des Zollkriminalamtes. Die Bundesregierung muss sich kooperativ zeigen, also Auskunft erteilen, Einsicht in Akten gewähren, die Anhörung von Angestellten gestatten oder Kontrollbesuche zulassen.



MIT-Präsidiumsmitglied Jens Spahn
während einer Fragestunde im
Deutschen Bundestag

Große und kleine Anfragen

Über die Gremienarbeit hinaus hat jeder Abgeordnete, insbesondere aber die Opposition, noch einige Instrumente, die er zur Kontrolle der Regierung nutzen kann. Dazu gehören die großen und kleinen Anfragen. Diese können von einer Fraktion oder von mindestens fünf Prozent der Bundestagsabgeordneten gestellt werden. Kleine Anfragen werden ausschließlich schriftlich gestellt und beantwortet und erfordern weniger Recherche- und Verwaltungsaufwand. Zur Beantwortung hat die Regierung vierzehn Tage Zeit, im gegenseitigen Einvernehmen auch etwas mehr. Große Anfragen sind deutlich umfangreicher und können neben der schriftlichen Beantwortung auf Verlangen einer Fraktion im Plenum besprochen werden.

Die Fragen werden jeweils an den Bundestagspräsidenten geleitet, der sie dann an die Bundesregierung weiterleitet. In der abgelaufenen Legislaturperiode wurden 35 große Anfragen und 11.677 kleine Anfragen gestellt.

Fragestunde und Aktuelle Stunde

Jeder Abgeordnete hat zudem die Möglichkeit, pro Monat vier Fragen zur schriftlichen Beantwortung an die Bundesregierung zu richten. Außerdem findet in jeder Sitzungswoche eine Fragestunde im Bundestag statt, zu der jeder Abgeordnete zwei Fragen einreichen kann. Diese werden von Parlamentarischen Staatssekretären oder den Ministern beantwortet. Sollten die Abgeordneten mit den Auskünften der

Regierung in der Fragestunde unzufrieden sein, können sie eine Aktuelle Stunde beantragen. Diese findet unmittelbar im Anschluss an die Fragestunde statt. Aktuelle Stunden können aber auch unabhängig von einer Fragestunde von einer Fraktion, von fünf Prozent der Abgeordneten oder durch den Ältestenrat beantragt werden.

Jeden Mittwoch trifft sich die Bundesregierung im Kanzleramt zur Kabinettsitzung. Direkt nach der Sitzung findet im Bundestag die Regierungsbefragung statt. Im Gegensatz zur Fragestunde müssen hier keine Fragen vorab eingereicht werden. Stattdessen können die Abgeordneten die Bundesregierung zu aktuellen Themen und Plänen befragen. Dreimal jährlich findet zu diesem Termin die Befragung des Bundeskanzlers statt. Dieses Instrument, welches in anderen Ländern wie Großbritannien schon lange Tradition hat, wurde in Deutschland erst 2018 von der großen Koalition eingeführt.

Wagnis Misstrauensvotum

Das letzte und stärkste Instrument ist das Misstrauensvotum. Damit kann der Bundestag mit der Mehrheit der gewählten Abgeordneten („Kanzlermehrheit“) einen neuen Bundeskanzler wählen. Da die Opposition jedoch nicht die Mehrheit hat, wäre sie dazu auf Stimmen der Regierungsparteien angewiesen. Das Grundgesetz lässt nicht die einfache Abwahl eines Kanzlers zu (destruktives Misstrauensvotum), sondern gibt nur die Möglichkeit, einen neuen mit entsprechender Mehrheit zu wählen, der den bisherigen ersetzt (konstruktives Misstrauensvotum): Solche konstruktiven Misstrauensvoten gab es bislang nur zweimal: Rainer Barzel (CDU) scheiterte damit 1972 gegen Willy Brandt (SPD). Helmut Kohl (CDU) hatte 1982 Erfolg mit seinem Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt (SPD) und wurde Kanzler. ●



Micha Knodt
Redakteur
knodt@mit-bund.de

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.

EU-Parlament wehrt sich

Mit einem starken Signal für den Mittelstand wehrt sich das EU-Parlament gegen die Pläne der Kommission zur massiven Einschränkung der Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen. Unter Federführung von Markus Ferber wurde eine Entschließung zu den Leitlinien für staatliche Klima-, Energie- und Umweltbeihilfen (KUEBLL) verabschiedet. Darin fordert das Parlament die Kommission unter anderem auf, mehr statt weniger Wirtschaftszweige in die Leitlinien aufzunehmen, insbesondere für Ermäßigungen, die dem stromintensiven Mittelstand zugutekommen. Nur wenn die KUEBLL mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden, können Arbeitsplätze gesichert und Unternehmen bei der grünen und digitalen Transformation unterstützt werden.

Kein Wort zum Mittelstand

In ihrer Rede zur Lage der EU hat die Kommissionspräsidentin mit keinem Wort den Mittelstand, das Herzstück des europäischen Wirtschaftserfolges, erwähnt. Auch im Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2022 spiegelt sich die Bedeutung des Mittelstands nicht wider. Dabei droht den KMU in Europa mehr Bürokratie statt Entlastung, mehr Planwirtschaft als freie Marktwirtschaft. Die KMU-Strategie der Kommission hat kaum Wirkung entfaltet, elementare Forderungen des Parlaments nach einem KMU-Beauftragten oder mehr bürokratischer Entlastung wurden ignoriert. Perspektivisch werden dem Mittelstand damit auch im Jahr 2022 immer wieder Bürokratieknüppel zwischen die Beine geworfen. Da muss die Kommission nacharbeiten.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Vorstandsbeschluss

Genehmigungsverfahren im Netzausbau beschleunigen

Der zügige Ausbau der Höchstspannungs-Übertragungsnetze ist ein zentraler Bestandteil der Umsetzung der Energiewende. Neben verschiedenen Hemmnissen für schnelle Genehmigungsverfahren, die von der MIT bereits adressiert wurden, stehen allzu oft auch lange Verfahrensdauern von Klageverfahren gegen Planfeststellungsbeschlüsse einer zügigen Realisierung der Leitungen entgegen. Die MIT will eine weitere Beschleunigung der Klageverfahren erreichen, indem Klagen gegen Genehmigungsbescheide von Umspannwerken zu Vorhaben aus dem Bundesbedarfsplan erstinstanzlich dem Bundesverwaltungsgericht zugewiesen werden. Zudem kann eine weitere Spezialisierung der Senate mit personeller Aufstockung die Arbeit des Bundesverwaltungsgerichts und die Realisierung der benötigten klimafreundlichen Infrastruktur beschleunigen.

Junge Union

MIT beim Deutschlandtag



Die MIT-Bundesgeschäftsstelle hat sich auf dem JU-Deutschlandtag in Münster mit einem Stand präsentiert. Dort schauten neben hunderten Delegierten auch die Generalsekretäre Paul Ziemiak (CDU) und Markus Blume (CSU) sowie JU-Schatzmeister Philipp Amthor vorbei. Große Resonanz erfuhren die Umfragen der MIT. Die jungen Teilnehmer wünschten sich insbesondere mehr Mitgliederentscheide und eine Amtszeitbegrenzung. Insgesamt traten sieben JU-Mitglieder der MIT bei.



Willkommens-Cocktail für MIT-Abgeordnete

127 von 196 Bundestagsabgeordneten (zwei Drittel) der CDU/CSU-Fraktion sind Mitglied der MIT. Die 22 erstmals in den Bundestag gewählten MIT-Abgeordneten hat die Bundesgeschäftsstelle Ende Oktober zu einem Willkommens-Cocktailabend eingeladen. Die „Neuen“ konnten sich dort mit den erfahreneren MIT-Abgeordneten Carsten Linnemann, Jana Schimke, Jens Spahn, Christian von Stetten, Gitta Connemann, Christoph Ploß und Paul Ziemiak austauschen.

Bundesgeschäftsstelle

Bürger durch Klimageld entlasten

Die MIT spricht sich angesichts steigender Energiepreise für die Einführung eines Klimagelds aus. Neben der Senkung und Abschaffung der EEG-Umlage sollen die Bürger so entlastet werden. „Das stärkt insbesondere Familien sowie die Mittelschicht und sorgt damit für sozialen Ausgleich“, heißt es im Vorstandsbeschluss. Das Klimageld soll sich von 180 Euro pro Kopf im kommenden Jahr mit steigenden Einnahmen aus der CO₂-Abgabe auf 360 Euro im Jahr 2030 verdoppeln.

Weiterhin fordert die MIT, vom sektorbezogenen und nationalen Ansatz des Klimaschutzgesetzes auf eine sektor- und länderübergreifende Betrachtung überzugehen. Darüber hinaus soll die Pendlerpauschale so reformiert werden, dass auch einkommensschwächere Haushalte von ihr profitieren und Mobilität auch im ländlichen Raum bezahlbar bleibt.

In einem weiteren Beschluss spricht sich die MIT für ein marktwirtschaftliches EU-Klimapakete aus. Der Bundesvorstand fordert die Bundesregierung und das Europäische Parlament auf, auf eine marktwirtschaftliche Runderneuerung des EU-Klimapaketes hinzuwirken.

Vorstandsbeschluss

Forschungsstandort stärken

Der Forschungsstandort Deutschland büßt seit Jahren an Attraktivität ein. Um ihn langfristig zu stärken, stellt die MIT sieben Forderungen auf: Lieferketten müssen robust gehalten, geistiges Eigentum als Innovationstreiber geschützt, Verwaltungsprozesse digitalisiert und vereinfacht werden. Forscher und Startups müssen regulatorisch unterstützt, Finanzierungsregeln international konkurrenzfähig gemacht, das Potenzial der Grundlagenforschung stärker genutzt und das Vergütungssystem der Krankenkassen angepasst werden.

In einem weiteren Beschluss fordert die MIT eine Neuorientierung der wohnortnahen medizinischen Versorgung. Die MIT unterstützt Gesetzesvorhaben, die eine wohnortnahe Zusammenarbeit unter dem Dach einer Organisationsform ermöglichen und fordert Gesetzesänderungen, die eine landesbezogene Umsetzung erlauben.

Vorstandsbeschluss

Vorstandsbeschluss

Systemrelevante Produktionskapazitäten stärken

Die MIT fordert die Stärkung von Produktionskapazitäten für systemrelevante Produkte. Dies gilt für Produkte, deren Fehlen bei Störung ausländischer Produktionen oder internationaler Lieferketten die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft empfindlich stören könnten. Dafür sollen auch Gewerbe- und Industrieflächen planerisch bereitgestellt werden.

Handlungsbedarf bei Versorgungssicherheit

Die MIT hat die Koalition aufgefordert, die Verantwortung für die Versorgungssicherheit aller am Markt gehandelten witterungsbedingten volatilen Strommengen auf den jeweiligen Stromlieferanten zu übertragen. Die Regierung sollte dazu kurzfristig ein neues Monitoring zur Versorgungssicherheit im Bereich der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität erstellen. Dieses sollte um weitere Bewertungskriterien zur besseren Bewertung der Versorgungsqualität ergänzt werden.

Vorstandsbeschluss

Parlamentarischer Abend

MIT verleiht Deutschen Mittel

Die MIT hat das Unternehmen Hölscher Wasserbau, BVB-Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke und die Kommunalpolitik mit dem Deutschen Mittelstandspreis 2021 ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im Rahmen des Parlamentarischen Abends der MIT in Berlin statt.

Für die Hölscher Wasserbau GmbH nahmen Geschäftsführer Maria Borgmann und Heinz Hölscher den Preis in der Kategorie Unternehmen entgegen. Der Mittelständler entwickelt seit 60 Jahren innovative Lösungen im Bereich Umwelttechnik und Brunnenbau. „Die Hölscher Wasserbau GmbH ist ein beeindruckendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit familiengeführter Unternehmen“, sagte die Jury-Vorsitzende und Laudatorin Gitta Connemann. „Es ist ein inhabergeführter Mittelständler mit äußerst innovativen Produkten und Dienstleistungen mit hohem Verantwortungsbewusstsein für Mitarbeiter, für die Umwelt und für die Region“, so Connemann.

Borussia Dortmunds Geschäftsführer Hans-Joachim „Aki“ Watzke erhielt den Preis in der Kategorie Gesellschaft. „Er ist das, was man heute Patriarch nennen würde – aber mit Bodenhaftung“, sagte CDU-Vorsitzender Armin Laschet in seiner Laudatio. „Er hat immer das Wohl seiner Mitarbeiter im Blick und weiß um die gesellschaftliche und soziale Verantwortung eines Unternehmens.“ Laschet erinnerte daran, dass Watzke den BVB nicht auf dem Höhepunkt übernahm, ihn dann aber wirtschaftlich gerettet und sportlich zu einer Spitzenmannschaft von europäischem Format geformt habe.

Den Preis für „die Kommunalpolitik“ (Kategorie Politik) nahmen stellvertretend die langjährige Kommunalpolitikerin Maria Becht, Landrat Stefan Rößle, und Bürgermeister Octavian Ursu entgegen. Der frühere Bundespräsident Christian Wulff hob ihren Wert für die Soziale Marktwirtschaft hervor. Kommunalpolitiker wüssten „sehr genau, dass sie ganz große Verantwortung für Rahmenbedingungen haben, die wirtschaftlichen Erfolg begünstigen“, sagte er. Die Veranstaltung fand unter Einhaltung der 2G-Plus-Regel statt.



standspreis 2021



1. Jury-Vorsitzende Gitta Connemann
2. Maria Borgmann und Heinz Hölscher, Geschäftsführer von Hölscher Wasserbau, mit MIT-Chef Carsten Linnemann
3. CDU-Vorsitzender und Juror Armin Laschet
4. Moderator Waldemar Hartmann, PKM-Chef Christian von Stetten
5. Altbundespräsident und Juror Christian Wulff
6. Carsten Linnemann, BVB-Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke, Armin Laschet
7. Christian Wulff, die Kommunalpolitiker Octavian Ursu, Maria Becht und Stefan Rößle, Carsten Linnemann
8. Holger Bormann, Landesvorsitzender MIT Niedersachsen
9. Hans-Joachim Watzke
10. Norbert Röttgen (Mitte) im Gespräch mit den MIT-Vorstandsmitgliedern Oliver Zander (links) und Norbert Müller
11. Christian Wulff, Hans-Joachim Watzke, Friedrich Merz
12. MIT-Vorstandsmitglieder Michael Littig, Andrea Klieve, Matthias Klein, Thomas Jarzombek
13. MIT-Steuerexpertinnen Ninja Reggelin und Sylvia Mein
14. Octavian Ursu, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Christian Wulff



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... das wirksame Zusammenspiel zwischen mutigen Unternehmern und engagierten Politikern der entscheidende Schlüssel zum Erfolg ist.“



Timo Mertesacker

Geschäftsführer,
MIT Hannover-Land

... mein Herz für den Erfolg des Mittelstands schlägt.“



Dr. Julia Dubowy

Unternehmerin,
MIT Bergstraße

... der deutsche Mittelstand der Kern unserer innovativen Wirtschaft ist und aktive Politiker braucht.“



Knut Abraham

Diplomat,
MIT Elbe-Elster

Neumitglieder

Timo Mertesacker (34) gründete nach seiner Ausbildung zum Bankkaufmann und Sparkassen-Betriebswirt sowie einem BWL-Studium in Hannover mehrere Immobilienfirmen. Dazu gehört die CP Immobilien GmbH, an der die Ex-Fußballnationalspieler Clemens Fritz und Per Mertesacker, Timos Bruder, beteiligt. Die Firma verantwortet Häuserbestand und Projekte in der Region Hannover mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Weiterhin ist er Geschäftsführer einer generationsübergreifenden Vermögensverwaltung sowie Vorsitzender der gemeinnützigen Per Mertesacker Stiftung, die 120 sozial benachteiligte Kinder in Brennpunkten unterstützt. Darüber hinaus engagiert er sich im lokalen Fußballverein und ist nach seiner fußballerischen Karriere leidenschaftlicher Jogger und Tennisspieler.

Julia Dubowy (36) hat nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Heidelberg zum Thema Bürokratiekostenabbau im Steuerrecht promoviert und bald danach ihre Liebe zur Wirtschaft entdeckt. Anschließend bekleidete sie verschiedene Führungspositionen in mittelständischen Unternehmen.

Mit einer Geschäftspartnerin gründete sie 2019 das Unternehmen „Thank God it's Monday“, das Programme für Führungskräfte entwickelt. Darüber hinaus führt sie mit „sicher hoch drei“ ein Unternehmen, das sich auf Datenschutzlösungen spezialisiert hat.

Energie tankt sie bei gutem Essen, leckerem Wein und beim Geigespielen. Außerdem liebt sie Gespräche mit inspirierenden Menschen darüber, wie eine erstrebenswerte Zukunft Deutschlands erreicht werden kann.

Knut Abraham (55) lebt im Süden Brandenburgs und ist über die Landesliste der CDU in den 20. Deutschen Bundestag eingezogen. Beruflich ist der Volljurist Abraham Angehöriger des deutschen Auswärtigen Dienstes. Er war an den Botschaften Helsinki, Sofia, Washington und zuletzt als Gesandter in Warschau eingesetzt. Im Inland war er vor allem in der außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramts tätig. In jungen Jahren arbeitete er als Parlamentarischer Assistent des Europaabgeordneten Otto von Habsburg. Er ist verheiratet und hat fünf Kinder. Die größte politische Herausforderung für seinen Wahlkreis Elbe-Elster/Oberspreewald-Lausitz sieht er im Strukturwandel in der Lausitz angesichts der zu Ende gehenden Förderung von Braunkohle.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

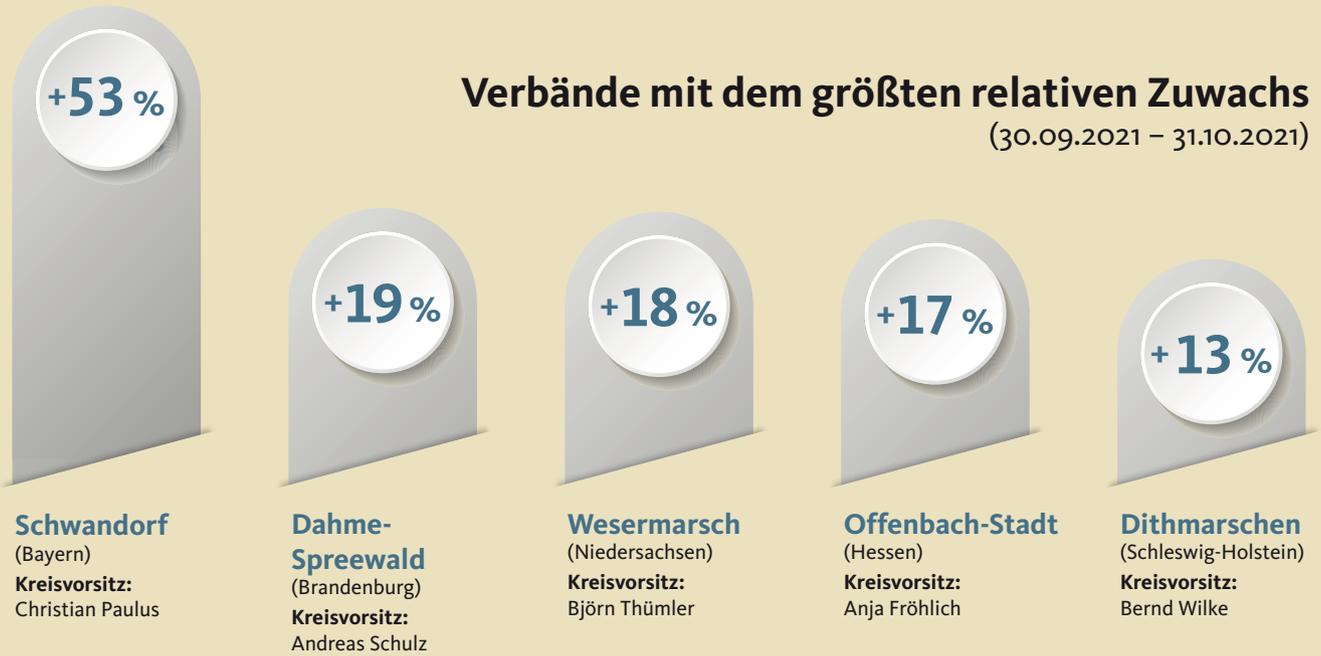


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.10.2021)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (30.09.2021 – 31.10.2021)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (30.09.2021 – 31.10.2021)



Eine Unternehmensübergabe
geht immer ans Herz.
Aber sie muss nicht an die
Nieren gehen.



Trust in Transformation: Vertrauen Sie auf einen Partner, der Services speziell für Familienunternehmen entwickelt hat und Sie damit unterstützen kann, Ihren Generationswechsel erfolgreich zu gestalten: www.pwc.de/transformation